

Rechtsinformationsdienst

Anwaltspraxis & Notariat



Erleben[†], Landgraf,
Michalski, Ohaus, Lindemann



Niedersachsenstr. 15 a, 49074 Osnabrück
Telefon: 0541 / 35791-0 - Telefax: 0541 / 3579128

Ausgabe: gewerbliche Mandanten

März 2018

Wettbewerbsrecht und gewerblicher Rechtsschutz

EuG untersagt Verwendung des Coca-Cola-Schriftzuges

Ein Markenrechtsverstoß kann bereits dann vorliegen, wenn der von einer bekannten Marke verwendete Schriftzug für ein Produkt anderen Namens verwendet wird. So untersagte das Gericht der Europäischen Union (EuG) die Eintragung des Zeichens „Master“, da der Hersteller für die Vermarktung von Getränken und Nahrungsmitteln die gleiche Schrift benutzte wie der weltbekannte Limonadenhersteller Coca-Cola.

Urteil des EuG vom 07.12.2017
T-61/16 - Pressemitteilung des EuGH

Vermutung der Urheber- oder Rechtsinhaberschaft: Copyright-Vermerk reicht nicht

Nach Ansicht des Hanseatischen Oberlandesgerichts Hamburg löst nicht bereits jede Angabe der Rechtsinhaberschaft, beispielsweise in einem Copyright-Vermerk (©) oder einem P-Vermerk, die Vermutung der Urheber- oder Rechtsinhaberschaft (§ 10 UrhG) aus. Erforderlich ist zusätzlich ein Hinweis auf die Ausschließlichkeit der Rechteinräumung, z.B. durch Zusätze zum Copyright-Vermerk wie „© XY (exklusive Rechte)“ oder „under exclusive license from“.

Urteil des Hanseatischen OLG Hamburg vom 27.07.2017
3 U 220/15 Kart - WRP 2017, 1267

Angabe des Grundpreises für Kaffee-Kapseln

Wer Letztverbrauchern gewerbs- bzw. geschäftsmäßig oder regelmäßig in sonstiger Weise Waren in Fertigpackungen, offenen Packungen oder als Verkaufseinheiten ohne Umhüllung nach Gewicht, Volumen, Länge oder Fläche anbietet, hat nach § 2 Preisangabenverordnung (PAngV) auch den Preis je Mengeneinheit ein-

schließlich der Umsatzsteuer und sonstiger Preisbestandteile (Grundpreis) in unmittelbarer Nähe des Endpreises anzugeben (z.B. Preis pro Liter oder Kilogramm).

Dies gilt für das Landgericht Koblenz auch für einen Elektromarkt, der neben Kaffeemaschinen auch Kaffee-Kapseln verkauft. Der Händler ist daher verpflichtet, neben dem Endpreis auch den Grundpreis - also den Preis je kg oder 100 g - für den in den Kapseln enthaltenen Kaffee anzugeben. Unterlässt er dies, kann er wegen eines Wettbewerbsverstoßes auf Unterlassung in Anspruch genommen werden.

Urteil des LG Koblenz vom 24.10.2017
4 HK O 4/17 - Magazindienst 2018, 87

EuG untersagt Markenmeldung für „Fack Ju Göhte“

Das Europäische Gericht (EuG), ein dem Europäischen Gerichtshof nachgeordnetes Gericht, hat die Eintragung des Wortzeichens „Fack Ju Göhte“ als Unionsmarke für verschiedene Waren und Dienstleistungen des laufenden täglichen Verbrauchs abgelehnt, da es gegen die guten Sitten verstößt.

Zur Begründung wurde angeführt, dass der aus dem gleichnamigen erfolgreichen Kinofilm bekannte Ausdruck „Fack Ju Göhte“ von deutschsprachigen Verbrauchern durch die Aussprache des Wortbestandteils „Fack Ju“ so wahrgenommen wird, als sei er identisch mit dem englischen Ausdruck „fuck you“. Dieser Ausdruck stellt für die Richter, selbst wenn die Verbraucher ihm keine sexuelle Bedeutung beimessen, nicht nur eine geschmacklose, sondern auch eine anstößige und vulgäre Beleidigung dar.

Urteil des EuG vom 24.01.2018
T-69/17 - Pressemitteilung des EuGH

Online- und Medienrecht

Hersteller von Luxuswaren kann Internethandel unterbinden

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat entschieden, dass ein Anbieter von Luxuswaren (hier Luxuskosmetika) seinen autorisierten Händlern untersagen kann, die Waren im Internet über eine Verkaufsplattform wie z.B. Amazon zu verkaufen. Das Gericht hält ein solches Verbot für geeignet, auf diese Weise das Luxusimage der Waren sicherzustellen. Die Regelung geht grundsätzlich nicht über das hierfür erforderliche Maß hinaus.

Urteil des EuGH vom 06.12.2017
C-230/16
K&R 2018, 34

Anfechtung des eBay-Kaufvertrags bei versehentlichem Sofortverkaufsangebot für 1 Euro

Das Amtsgericht München hat entschieden, dass ein eBay-Verkäufer, der irrtümlich anstelle der beabsichtigten Auktion die Ware zu einem Sofortpreisverkauf von einem Euro anbietet, den Kaufvertrag wegen eines Erklärungsirrtums anfechten kann, wenn ein Käufer den Sofortkaufpreis annimmt. Die Anfechtung muss nach dem Gesetz allerdings sofort, also ohne schuldhaftes Zögern, erklärt werden.

Urteil des AG München vom 09.03.2017
274 C 21792/16
Justiz Bayern online

Nichtiger Vertrag bei Verstoß gegen das BDSG

Ein Kaufvertrag über Adressdaten verstößt bei fehlender Einwilligung der Adressinhaber gegen das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) und ist daher unwirksam. Dies hat

zur Folge, dass aus dem Vertrag keinerlei vertragliche Ansprüche der Vertragspartner entstehen. Folglich wies das Oberlandesgericht Frankfurt die Klage des Erwerbers der Adressdateien auf teilweise Rückzahlung des Kaufpreises ab. Bei gesetzeswidrigen Verträgen besteht kein Anspruch auf (teilweise) Rückabwicklung. Wer sich auf ein derartiges, rechtswidriges Geschäft einlässt, handelt auf eigenes Risiko.

Urteil des OLG Frankfurt vom 24.01.2018
13 U 165/16 - JURIS online

Veröffentlichung von Wulff-Fotos zulässig

Der Bundesgerichtshof hat entschieden, dass Bilder des ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff bei einem Supermarkteinkauf dem Bereich der Zeitgeschichte zuzuordnen sind und deshalb auch ohne dessen Einwilligung in einer Zeitschrift verbreitet werden durften.

Neben der in besonderer Weise herausgehobenen Stellung von Wulff als ehemaliges Staatsoberhaupt war bei der Güterabwägung für die Karlsruher Richter maßgeblich, dass dieser sein Ehe- und Familienleben in der Vergangenheit immer wieder öffentlich thematisiert und sich dadurch mit einer öffentlichen Erörterung dieses Themas einverstanden gezeigt hat. Zudem betrafen die zur Einkaufszeit auf dem Parkplatz eines Supermarktes und damit im öffentlichen Raum aufgenommenen Fotos nicht dessen Privatsphäre, sondern lediglich dessen Sozialsphäre.

Urteil des BGH vom 06.02.2018
VI ZR 76/17 - Pressemitteilung des BGH

Insolvenzrecht

Nachlassinsolvenz: Verzicht des Erblassers auf Rentenansprüche

Der Insolvenzverwalter kann gemäß § 134 InsO eine unentgeltliche Leistung des Insolvenzschuldners anfechten, es sei denn, sie ist früher als vier Jahre vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens vorgenommen worden. Dabei kann auch in einem Unterlassen eine anfechtbare Rechtshandlung liegen. Voraussetzung ist jedoch, dass die Unterlassung auf einer Willensbetätigung beruht, also in dem Bewusstsein erfolgt, dass die Untätigkeit irgendwelche Rechtsfolgen auslöst.

Dies verneinte das Oberlandesgericht Frankfurt im Rahmen eines Nachlassinsolvenzverfahrens, bei dem der hochbetagte und vor seinem Tod schwer erkrankte Erblasser in seinen letzten Lebenswochen von der Geltendmachung seiner mit seinem Sohn notariell vereinbarten Rentenansprüche abgesehen hatte.

Urteil des OLG Frankfurt vom 16.08.2017
13 U 92/16 - ErbR 2018, 56

Abschluss eines Werklieferungsvertrags nach Insolvenzantrag des Unternehmers

Die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen eines Unternehmers stellt für sich genommen keinen wichtigen Grund für die außerordentliche Kündigung eines nach dem Eröffnungsantrag abgeschlossenen Werklieferungsvertrags dar.

Mit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Insolvenzschuldners hat dessen Vertragspartner zwar keine Sicherheit mehr darüber, ob der Insolvenzverwalter den Vertrag erfüllen wird oder nicht. Er hat nur noch die Möglichkeit diesen gemäß § 103 Abs. 2 Satz 2 InsO zur Ausübung des Wahlrechts aufzufordern. Der Verwalter hat unverzüglich, also ohne schuldhaftes Zögern, seine Entscheidung mitzuteilen. Das Wahlrecht des Insolvenzverwalters kann durch eine Kündigung aus wichtigem Grund nicht unterlaufen werden.

Urteil des BGH vom 14.09.2017
IX ZR 261/15 - DB 2017, 2349

Wirtschaftsrecht

Kein Eintrittsgeld für Weihnachtsmarkt auf öffentlicher Grünfläche

Das Verwaltungsgericht Berlin hat eine Verfügung des Bezirksamts Charlottenburg-Wilmersdorf für rechtmäßig erklärt, wonach dem Veranstalter des Weihnachtsmarktes vor dem Schloss Charlottenburg untersagt wurde, in bestimmten Zeiten Eintrittsgeld zu verlangen, um dem Besucheransturm Herr zu werden. Nach Auffassung des Verwaltungsgerichts liegt es nicht im überwiegenden öffentlichen Interesse, zu Spitzenzeiten Eintrittsgelder zu erheben, um eine Entzerrung der Besucherströme zu bewirken.

Urteil des VG Berlin vom 06.12.2017
24 K 18.17
Pressemitteilung des VG Berlin

Mitteilungspflicht des Unternehmers hinsichtlich der zur Schadensbehebung notwendigen Kosten

Bringt der Besteller für den Unternehmer erkennbar zum Ausdruck, dass Voraussetzung für den Abschluss eines Reparaturauftrags möglichst verlässliche Informationen über die zur Behebung des Schadens notwendigen Kosten sind, und ist er ausdrücklich nur an einer wirtschaftlich sinnvollen Reparatur interessiert, müssen ihm vom Unternehmer die für die Entscheidung maßgeblichen Umstände mitgeteilt werden.

Auf dieser Grundlage war die mit der Behebung von Motorgeräuschen beauftragte Kfz-Werkstatt verpflichtet, den Kunden nicht nur auf die defekten Einspritzdüsen und die mit deren Austausch verbundenen Kosten hinzuweisen. Die Werkstatt war darüber hinaus gehalten, den Fahrzeughalter über das Risiko aufzuklären, dass mit dem Austausch der Einspritzdüsen nicht zwangsläufig das atypische Motorengeräusch beseitigt werden könnte, sondern

gegebenenfalls weitere, den Wiederbeschaffungswert übersteigende Reparaturen notwendig sein könnten. Tritt dieser Fall - wie hier - ein, muss der Kunde die entstandenen Mehrkosten nicht tragen.

Urteil des BGH vom 14.09.2017
VII ZR 307/16 - DAR 2018, 20

Sicherungspflicht des Werkunternehmers

Ein Mann hatte nach der Sommersaison bei einem Fachbetrieb seinen Bootsmotor zur Inspektion gegeben. Der Unternehmer lagerte den Motor auf einem Transportgestell auf seinem Grundstück, das teilweise nur mit einem Maschendrahtzaun gesichert war. Schließlich wurde der Motor eines Nachts von Unbekannten gestohlen. Der Kunde verlangte die Erstattung des Zeitwertes in Höhe von 3.800 Euro. Das Oberlandesgericht Oldenburg gab der Zahlungsklage in vollem Umfang statt.

Ein Unternehmer muss alles Zumutbare tun, um einen Diebstahl der ihm anvertrauten Gegenstände zu verhindern. Dabei sind die Anforderungen an das Zumutbare umso höher, je wertvoller der Gegenstand und je einfacher er zu entwenden ist. Im konkreten Fall konnte der auf dem Grundstück von außen deutlich sichtbar gelagerte Bootsmotor einfach abtransportiert und der Maschendrahtzaun ohne besondere Anstrengung durch Herunterdrücken leicht überwunden werden. Damit stand für das Gericht fest, dass der Betriebsinhaber seiner Sicherungspflicht nicht hinreichend nachgekommen war.

Urteil des OLG Oldenburg vom 06.11.2017
9 U 22/17
Pressemitteilung des OLG Oldenburg

Baurecht

Werkvertrag: Ermittlung einer Beschaffensvereinbarung durch Auslegung

Ist nach dem Inhalt eines Werkvertrags unklar, ob die Vertragsparteien eine Beschaffensvereinbarung im Sinne des § 633 Abs. 2 Satz 1 BGB getroffen und welche Beschaffenheit sie gegebenenfalls vereinbart haben, ist der Vertragsinhalt durch Auslegung des Werkvertrags zu ermitteln.

Dabei ist im Hinblick auf eine etwaige Beschaffensvereinbarung die berechnete Erwartung des Bestellers an die Werkleistung von Bedeutung. Gegenstand einer Beschaffensvereinbarung kann nach Auffassung des Bundesgerichtshofs auch die Farbe eines Anstrichs sowie die Farbstabilität für einen bestimmten Zeitraum (hier: Weißanstrich einer Produktionshalle) sein.

Urteil des BGH vom 31.08.2017
VII ZR 5/17
NZBau 2017, 718

Erstattung von Mehrkosten aufgrund Annahmeverzugs des Bestellers

Ist bei der Herstellung des Werkes eine Handlung des Bestellers erforderlich, so kann der Unternehmer, wenn der Besteller durch das Unterlassen der Handlung in Verzug der Annahme kommt, gemäß § 642 BGB eine angemessene Entschädigung für die Produktionsmittel zur Herstellung der Werkleistung wie Personal, Geräte und Kapital verlangen.

Der Bundesgerichtshof stellt hierzu klar, dass Mehrkosten wie gestiegene Lohn- und Materialkosten, die zwar aufgrund des Annahmeverzugs des Bestellers infolge Unterlassens einer ihm obliegenden Mitwirkungshandlung, aber erst nach dessen Beendigung anfallen, nämlich bei Ausführung der verschobenen Werkleistung, vom Entschädigungsanspruch nach § 642 BGB nicht erfasst werden.

Versäumnisurteil des BGH vom 26.10.2017
VII ZR 16/17 - NZBau 2018, 25

Arbeits- und Sozialrecht

Arbeitsunfall: Sturz bei betrieblichem Bowling-Turnier

Der Sturz eines Arbeitnehmers während eines auf einer Dienstreise durchgeführten betrieblichen Bowling-Turniers kann laut Sozialgericht Aachen einen versicherten Arbeitsunfall darstellen. Maßgeblich hierfür ist, dass dem Arbeitnehmer eine Teilnahme an der Fortbildung von seinem Arbeitgeber vorgeschrieben wurde und das Bowling-Turnier fester Programmpunkt der Veranstaltung war.

Urteil des SG Aachen vom 06.10.2017
S 6 U 135/16
JURIS online

leichtfertig gestellter Strafantrag eines Betriebsratsmitglieds gegen den Arbeitgeber oder seine Repräsentanten jedenfalls dann eine Verletzung des Gebots der vertrauensvollen Zusammenarbeit darstellt, wenn ein Bezug zum Handeln als Betriebsrat besteht.

Beschluss des LAG Berlin-Brandenburg vom 31.05.2017
15 TaBV 1979/16
jurisPR-ArbR 2/2018 Anm. 6

Antrag des Arbeitgebers auf Ausschluss des Betriebsratsvorsitzenden

Nach § 23 Abs. 1 BetrVG kann auch der Arbeitgeber beim Arbeitsgericht den Ausschluss eines Mitglieds aus dem Betriebsrat oder die Auflösung des Betriebsrats wegen grober Verletzung seiner gesetzlichen Pflichten beantragen. Der Antrag kann jedoch nur auf eine Pflichtverletzung gestützt werden, die das Verhältnis einzelner Betriebsratsmitglieder oder des gesamten Betriebsrats zum Arbeitgeber betrifft. Keine Antragsberechtigung besteht daher hinsichtlich solcher Pflichtverletzungen, die im Verhältnis der Betriebsratsmitglieder untereinander oder im Verhältnis zur Belegschaft erfolgen.

Das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg geht davon aus, dass eine leichtfertig erstattete Strafanzeige oder ein

Gleichbehandlungsgrundsatz: Unterschiedlich hohe Sonderzahlungen nach Lohnverzicht

Das Bundesarbeitsgericht hatte sich mit der Rechtmäßigkeit einer Betriebsvereinbarung zu befassen, durch die Arbeitnehmer, die in der Vergangenheit auf Entgeltbestandteile verzichtet haben, eine höhere Sonderzahlung erhalten sollten als Arbeitnehmer, die keinen Verzicht geleistet hatten.

Die Bundesrichter befanden die ungleiche Behandlung der beiden Arbeitnehmergruppen für sachlich gerechtfertigt, wenn die Sonderzahlung dem Ausgleich der unterschiedlichen Entgeltbedingungen dient und keine Überkompensation eintritt.

Urteil des BAG vom 20.09.2017
10 AZR 610/15
BB 2018, 243

Bankrecht

Aufklärungspflichten bei Koppelung eines Kredits an Wechselkurse

Schließt eine Bank mit einem Geschäftskunden einen Kreditvertrag, bei dem eine Koppelung des Kredits an Wechselkurse gegenüber dem Darlehensnehmer vereinbart wird, besteht für die Bank im Rahmen des Finanzierungsberatungsvertrags die Verpflichtung zur Aufklärung über die spezifischen Nachteile und Risiken und die vertragspezifischen Besonderheiten der empfohlenen Finanzierungsform.

Die Abhängigkeit von Wechselkurs des Euro zum Schweizer Franken (CHF) und Zinshöhe war in dem vom Bundesgerichtshof entschiedenen Fall zwar aus dem Vertrag

ohne Weiteres erkennbar gewesen. Die Bank hatte ihren Kunden jedoch weder auf das Fehlen einer Zinsobergrenze noch auf die lange Laufzeit des Darlehens ausdrücklich hingewiesen und auch die zinsrelevanten Folgen einer nicht nur unerheblichen Aufwertung des Schweizer Franken gegenüber dem Euro nicht ausreichend deutlich beschrieben. Wegen der unzureichenden Aufklärung muss die Bank nun Schadensersatz leisten, dessen Höhe die Vorinstanz feststellen muss.

Urteil des BGH vom 19.12.2017
XI ZR 152/17 - Pressemitteilung des BGH

Steuerrecht

Keine Pflicht zur Vergabe fortlaufender Rechnungsnummern

Grundsätzlich sind Unternehmen verpflichtet, ihre Rechnungen zu nummerieren. Dies bedeutet für das Finanzgericht Köln jedoch nicht, dass Rechnungsnummern lückenlos fortlaufend vergeben werden müssen. Ausreichend für eine ordnungsgemäße Buchführung ist es, wenn Rechnungsnummern einmalig vergeben werden.

Das Finanzamt darf daher keine Gewinnerhöhung vornehmen, weil die Vergabe der Rechnungsnummern Lücken aufweist.

Urteil des FG Köln vom 07.12.2017
15 K 1122/16 - BB 2018, 149